



Vorlage Stadtparlament

vom 23. September 2010

Nr. 2271

Städtisches Personal: Ausbildung, Weiterbildung

Mehr Lehrstellen für schwächere Schülerinnen und Schüler bei der Verwaltung

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

Das Postulat „Mehr Lehrstellen für schwächere Schülerinnen und Schüler bei der Verwaltung“ wird als erledigt abgeschrieben.

1 Postulatsauftrag

Das Stadtparlament hat am 13. Januar 2009 das beiliegende Postulat „Mehr Lehrstellen für schwächere Schülerinnen und Schüler bei der Verwaltung“ mit folgendem Wortlaut erhebelich erklärt:

„Wir bitten den Stadtrat, Bericht zu erstatten, welche Möglichkeiten er sieht, die Anzahl der Lehrstellen für schwächere Schülerinnen und Schüler zu erhöhen“

Mit dem vorliegenden Bericht kommt der Stadtrat diesem Auftrag nach.

2 Ausgangslage

Wie der gesamte Bildungsbereich hat auch die Berufsbildung in den vergangenen Jahren diverse Reformen erfahren. Verbunden mit diesen Reformen waren in der Regel immer höhere Anforderungen an die Auszubildenden, an die Lehrbetriebe und die Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. Aufgrund dieser veränderten Anforderungen sind heute gewisse Berufsausbildungen, die früher auch Realschülerinnen und –schülern offen standen, praktisch nur noch Sekundarschülerinnen und –schülern zugänglich. Die veränderten Anforderungen an die Lehrbetriebe führten dazu, dass sich Betriebe, die bis anhin Lehrstellen anboten, ganz



oder teilweise aus der Berufsbildung verabschiedeten oder die Selektion der Auszubildenden ausschliesslich auf leistungsstarke Schulabgängerinnen und Schulabgänger ausrichten.

Eine der Reformen in der beruflichen Grundbildung betraf auch Angebote für vorwiegend praktisch begabte Jugendliche sowie Erwachsene, nämlich die Ablösung der Anlehre durch die zweijährige Grundbildung mit eidgenössischem Attest. Diese Ablösung läuft noch immer, da in Berufen, in denen keine Ausbildung mit Attest angeboten wird, in einer Übergangsfrist bis 2014 Anlehen weiterhin möglich sind. Dass mit der Konzeption der Attestlehre für 10 bis 15 Prozent der Jugendlichen, die bis anhin eine Anlehre absolvieren konnten, eine zu hohe Hürde wegen gestiegener Anforderungen gebaut wurde, wird auch von der „Interessengemeinschaft zweijährige Grundbildung“ erkannt. Ob der zweijährigen Grundbildung mit eidgenössischem Attest von Seiten des Arbeitsmarktes und der Zielgruppe, für welche die Ausbildung konzipiert wurde, eine grössere Akzeptanz beschieden sein wird als der Anlehre, muss die Zukunft zeigen.

3 Situation der Berufsbildung in der Stadtverwaltung

Die Berufsbildung hat in der Stadtverwaltung eine lange Tradition. Lag während vielen Jahren das Schwergewicht in der Berufsbildung im typischen Verwaltungsberuf kaufmännische Angestellte/kaufmännischer Angestellter, werden aktuell zwölf Berufslehren angeboten:

- Automobilmechatroniker/in
- Automobilfachfrau/mann
- Dentalassistent/in
- Fachfrau/mann Betriebsunterhalt
- Gärtner/in
- Geomatiker/in
- Informatiker/in
- Kauffrau/mann Profil B / E / M öffentliche Verwaltung
- Kauffrau/mann Profil B / E / M Dienstleistung und Administration
- Köchin/Koch
- Netzelektriker/in
- Zeichner/in.

Im Rahmen von Brückenangeboten werden zur Zeit auch drei Vorlehren angeboten. Eine Stelle blieb unbesetzt. Erstmals befindet sich eine Person in der zweijährigen Grundausbildung Büroassistent/in mit eidgenössischem Berufsattest. 12 Absolventinnen und Absolven-



ten der Wirtschaftsmittelschule absolvieren in der Verwaltung ihr Praktikumsjahr. Nicht zur beruflichen Grundbildung zählen die rund 30 Praktika, die Studierende an Fachhochschulen und Universitäten im Rahmen ihrer Ausbildung in der Stadtverwaltung absolvieren.

Die Entwicklung der Lehr- und Praktikumsverhältnisse ist aus der folgenden Statistik ersichtlich:

Jahr	Total	Kauffrau/ Kaufmann	WMS/WMI- Praktikum	diverse Berufe
2010	67	23	12	32
2005	61	23	11	27
2000	48	24	6	18
1996	41	21	4	16

Auf den ersten Blick mag das Verhältnis von 67 Berufsbildungsplätzen zu rund 1'580 Vollzeitstellen in der Verwaltung und in den Betrieben im Vergleich mit einem Teil von Industrie- und Detailhandelsunternehmen, die sich in der Berufsbildung engagieren, bescheiden erscheinen. Dazu ist zu bemerken, dass die Verwaltung im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Organisationen nicht nur eine einzige Dienstleistung oder Produkte, die ähnlich gelagert sind, anbietet. Es ist eine grosse Palette von Dienstleistungen, die verschiedenen Zielgruppen angeboten werden. Darunter sind zahlreiche Dienstleistungen, die als Folge eines gesetzlichen oder parlamentarischen Auftrages angeboten werden müssen. Wegen der unterschiedlichen Aufgaben in unterschiedlichsten Bereichen sind die Anforderungen an die Mitarbeitenden auch entsprechend verschieden. Dies führt neben grösseren Organisationseinheiten auch zu einer Vielzahl an kleineren Einheiten mit speziellen Aufgaben und Anforderungen. Vor allem in grösseren Dienststellen wie bspw. Stadtpolizei, Berufsfeuerwehr und Verkehrsbetriebe setzt eine zusätzliche Befähigung für die Ausübung der Tätigkeit eine berufliche Grundbildung voraus, die in diesen Dienststellen nicht angeboten werden kann.

4 Ablauf der Selektion für eine Berufsbildung in der Stadtverwaltung

Wie eingangs ausgeführt, sind die Anforderungen an Auszubildende und Betriebe in den vergangenen Jahren stetig gestiegen und werden weiter steigen. Dadurch werden leistungsstarke Jugendliche, für welche eine Berufslehre mit entsprechenden Karrieremöglichkeiten eine gute Alternative zum Gymnasium darstellen kann, angesprochen. Für vornehmlich praktisch begabte Jugendliche wird der Zugang zur beruflichen Ausbildung erschwert



und teilweise verunmöglicht. Mit den erhöhten Anforderungen an die Ausbildung steigt auch der organisatorische Aufwand für den Betrieb sowie an die Kompetenzen der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner.

Bei der Ausschreibung der Ausbildungsangebote muss jedes Jahr das Gleiche festgestellt werden: Mit ca. 400 Bewerbungen besteht eine sehr grosse Nachfrage nach der Ausbildung zur Kauffrau bzw. zum Kaufmann. Unter den Bewerbenden sind jedoch eine ganze Anzahl, welche die geforderte schulische Vorbildung nicht mitbringen. Bei den handwerklich ausgerichteten Berufsbildern, die auch für schulisch schwächere Schulabgängerinnen und –abgänger zugänglich sind, braucht es in der Regel verschiedene Anläufe, bis die Lehrstellen besetzt werden können. Es kann somit ein starker Zulauf zu Ausbildungen mit einem höheren Sozialprestige festgestellt werden und eine geringere Nachfrage nach Berufen, die in den Augen der Jugendlichen gesellschaftlich eine tiefere Wertschätzung haben. Die Nachfrage nach Attestlehren hielt sich bis heute in einem sehr bescheidenen Rahmen.

Bei der Selektion der Lernenden fokussiert sich die Stadtverwaltung nicht ausschliesslich auf schulisch leistungsstarke Interessentinnen und Interessenten. Das Lehrstellenangebot für leistungsstärkere Jugendliche ist in den vergangenen Jahren etwa gleich geblieben. Dafür konnte das Angebot für Realschulabgängerinnen und –abgänger ausgeweitet werden. Die Hälfte der angebotenen Lehrberufe können auch mit einem Realschulabschluss bewältigt werden. Bei der Selektion wird darauf geachtet, dass für die Berufe, die mit einem Realschulabschluss absolviert werden können, tatsächlich auch Realschülerinnen und –schüler ausgewählt werden.

Die Vorlehren, nach denen eine Nachfrage besteht, stehen Interessentinnen und Interessenten offen, die ein Brückenangebot der gewerblichen Berufsschule besuchen. Es sind Jugendliche, die zum Zeitpunkt der Beendigung der Schulpflicht unentschlossen bezüglich Berufswahl waren, die keine Lehrstelle fanden oder aufgrund der schulischen oder sozialen Voraussetzungen auf dem Lehrstellenmarkt wenig gefragt sind. Nach Möglichkeit wird den Absolventinnen und Absolventen von Vorlehren bei entsprechendem Einsatz und vorhandenem Willen zur Absolvierung einer Ausbildung eine Lehrstelle angeboten.

5 Braucht es mehr Lehrstellenangebote für schwächere Schülerinnen und Schüler in der Stadtverwaltung?

Die Übersicht über die Lehren per August 2010 ergibt folgendes Bild:



Lehre	Stellen besetzt	Voraussetzung Sek.	Voraussetzung Real	Voraussetzung andere
Automobilmechatroniker/in	1	X		
Automobilfachfrau/mann	1		X	
Dentalassistent/in	2	X		
Fachfrau/mann Betriebsunterhalt	6		X	
Fachfrau/mann Gesundheit	3		X	
Gärtner/in	2		X	
Geomatiker/in	1	X		
Informatiker/in	5	X		
Kauffrau/mann Profil B	5		X	
Profil E / M	18	X		
Koch/Köchin	1		X	
Netzelektriker/in	4	X		
Vorlehre Dentalassistent/in	1		X	
Vorlehre Gärtner/in	1		X	Kleinklasse
Vorlehre KHK			X	
Vorlehre Fachfrau Gesundheit	1		X	
WMS/WMI-Praktika	12			Kantonsschule
Zeichner/in	4	X		
Total	68	35	20	13

Bezüglich Anzahl Ausbildungsplätze muss vorausgeschickt werden, dass nicht beliebig neue Lehrstellen geschaffen werden können. Die Beschränkungen sind in organisatorischen Belangen der Stadtverwaltung mit ihrer grossen Segmentierung, in der Anzahl und in den Zeitressourcen der Berufsbildnerinnen und -bildnern und zu guter Letzt im Arbeitsmarkt begründet. Nach Möglichkeit soll den Absolventinnen und Absolventen nach Abschluss der Ausbildung eine Anschlussmöglichkeit geboten werden können, oder es muss im betreffenden Gebiet ein Arbeitsmarkt bestehen, der eine Nachfrage generiert. Es kann und darf nicht Ziel der Abteilung Berufsbildung in der Stadtverwaltung sein, Jugendliche während einer beschränkten Zeit zu beschäftigen, frei nach dem „Motto“: „Man kann ja diese Auszubildenden an einem Arbeitsplatz mitlaufen lassen.“ Ziel der Berufsbildung ist es, den Absol-



ventinnen und Absolventen eine gute Berufsbildung zu vermitteln und sie fit für den Arbeitsmarkt zu machen.

Wie aus der Abbildung oben ersichtlich ist, ist rund ein Drittel der Ausbildungsplätze Jugendlichen mit Realschulabschluss zugänglich. Der Ausweitung dieses Angebotes wurde in der Vergangenheit ein spezielles Augenmerk geschenkt. Diese Ausweitung muss aber immer wieder bestätigt werden. Die Anforderungen an die Berufsbildnerinnen und –bildner, welche schulisch schwächere Lernende betreuen und begleiten, sind hoch. Es braucht mehr Geschick und Freude am Weitervermitteln von Fertigkeiten und Wissen sowie eine höhere Frustrationstoleranz als bei der Ausbildung von leistungsstarken Jugendlichen. Probleme in der Lehre, seien sie leistungs- oder verhaltensbedingt, die teilweise bis zur Auflösung der Lehrverhältnisse führten, betrafen in der Vergangenheit fast ausschliesslich Absolventinnen und Absolventen mit Realschulabschluss. Der Abbruch war teilweise auch darin begründet, dass diese Jugendlichen zu einem Zeitpunkt “ja” zur Ausbildung sagten, sich jedoch nie mit deren Inhalt anfreunden konnten. Es kann aber nicht verhehlt werden, dass ein Lehrabschluss, der hart erarbeitet werden musste, eine grosse Genugtuung für alle Beteiligten sein kann.

Sollte die Stadtverwaltung, wie im Postulat gefordert, etwa gleich viele Ausbildungsplätze für schwache und leistungsstarke Schülerinnen und Schüler anbieten, bedeutet dies eine massive Aufstockung der Ausbildungsplätze für schwächere Schulabgängerinnen und –abgänger. Eine Aufstockung zu Lasten von Ausbildungsverhältnissen für leistungsstärkere Jugendliche lässt sich aber nicht vertreten, da die Stadtverwaltung auch künftig auf leistungsfähigen Berufsnachwuchs mit Karrierepotenzial angewiesen ist. Mit den bestehenden Strukturen und den vorhandenen Ressourcen ist eine Aufstockung im beschriebenen Umfang nicht umzusetzen. Eine solche Aufstockung wäre nur mit einem massiven Ausbau der Zahl an Ausbilderinnen und Ausbildern zu bewältigen, welche in Richtung halb- oder vollamtliche Berufsbildnerinnen und –bildnern ginge. Als Vergleich kann eine Lehrwerkstätte in Schaffhausen dienen, wo Attestlehren angeboten werden. Pro lernende Person sind 1.5 Betreuungspersonen angestellt. Würde für die Stadtverwaltung eine ähnliche Lösung gewählt, für die es neben den Betreuungspersonen auch die notwendige Infrastruktur braucht, müssten auch Anschlusslösungen an die Ausbildungszeit berücksichtigt werden. Ob für Berufsausbildungen mit Attest in einem grösseren Umfang eine entsprechende Nachfrage besteht, ist sehr fraglich. Müsste der Grossteil der Ausgebildeten in der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt werden, ginge dies zu Lasten von Mitarbeitenden, die ebenfalls auf Arbeitsplätze mit einfacheren Anforderungen angewiesen sind. Es sind dies die Beschäftigten im Sozialkredit, zur Zeit 18 Personen, und weitere, für die ein Arbeitsplatz in der Administration gesucht werden musste, weil körperlich anstrengende Tätigkeiten nicht mehr ausgeführt



werden können. Im Weiteren wären auch Arbeitsmöglichkeiten für Wiedereinsteigerinnen betroffen. Diese fassen oft über eine einfachere Tätigkeit wieder Fuss im Berufsleben.

6 Fazit

Es kann festgehalten werden, dass sich das gewählte Modell der Berufsbildung in der Stadtverwaltung bewährte und bewährt. Es berücksichtigt angemessen die Möglichkeiten der Stadtverwaltung als Lehrbetrieb, das Angebot an motivierten Ausbilderinnen und Ausbildern sowie die Chancen der Weiterbeschäftigung innerhalb der Verwaltung oder im Arbeitsmarkt. Aber auch den Möglichkeiten von Interessierten für eine Ausbildung wird Rechnung getragen, indem für verschiedene Ausbildungsniveaus Ausbildungsgänge bereitgestellt werden. Wie bis anhin schon soll speziell darauf geachtet werden, dass auch schulisch und sozial schwächeren Schulabgängerinnen und -abgängern Ausbildungschancen geboten werden können. Eine Quotenregelung ist dazu nicht notwendig.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Postulat vom 13. Januar 2009

